

olonialwaren  
ne Wurst, Kan  
und Kaffee  
illigsten Preis  
a Weinert  
seladorfer St. 30  
g Schlachtast  
re Wäsche  
in der  
f-Saboy  
denstraße 7/0  
de 10 / Grenz  
ue- und Hoch  
Bedichtweise

E  
g Barthe  
n Apparaten  
Dr. Bismarck Str.  
brunn  
der - Spittel  
kt 11  
urden-Zentrale  
21922 Tel. 11081  
t Wusch  
ig. Hauswäsch  
he Str. 66  
nstellung, in ge  
nstraße 47  
Tel. 21922  
n- und Verkauf  
ra-Allee 18  
Baluchung  
Nähmaschinen  
bergstraße 21  
GEN  
Kluge  
nwähler Str. 2  
FRÖB  
ichengeräte  
estände 2100  
teinhart  
in Dresdenstr. 20  
EN  
Zeitung  
em-Brosch  
agner  
18  
ERT  
Boigt  
und Kreisstr.  
MASCHINEN  
Remonteur 2100  
Hilthnerstr. 43  
NAU  
21924  
enau  
Kalklassen  
nert  
s für  
einderbeidung  
Kohn  
geleg, Litzsch  
chmer  
Telephon 30

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsgebern und in allen Abonen erhältlich

Tageszeitung der K.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreise für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: 'Arbeiter-Zeitung', Dresden-Alt / Geschäftsstelle und Expedition: Marktstr. 2 / Fernsprechkomm. 14191 / Postkassens Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel  
Anmeldung: Dresden-Alt, Albertstr. 2 / Fernspr. 1. Unt. Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: 'Arbeiter-Zeitung' Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Werktags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreise: Die neunmal gebotene Nonparillseite oder deren Raum 6,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreizehnen Teilzeitteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt, Albertstr. 2 / Die 'Arbeiter-Zeitung' erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Jahrgang Montag, den 18. Oktober 1926 Nummer 232

## Die sächsische G.P.D. in der Polizeifront

vor einigen Tagen veröffentlichten wir die Mitteilung über die Maßnahmen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Rahn zur Wahl in Sachsen. Dies unerschrockenen Maßnahmen gegen das Vorgehen mancher wilhelminischen Polizeipräsidenten gegen die Arbeiterbewegung ist zu begrüßen. Sie bedeuten praktisch die Verhängung des Beschießens und die Aufhebung der versöhnungsreichen gewerkschaftlichen Verhandlungsfreiheit.

Die K.P.D. erachtet gegen diese Bestimmungen den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter für notwendig. Die Bezirksleitung der K.P.D. richtete deswegen an den Bezirksvorstand der SPD Sachsen die folgenden Schreiben:

An den  
Bezirksvorstand der SPD Ostschlesien  
und an den Ortsvorsitz des U.D.S.B.  
Dresden.

Werte Genossen!

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Ostschlesien, hat zu den Mitteilungen des Herrn Polizeipräsidenten Rahn über das Verhalten der Polizei im Wahlkampf Stellung genommen. Die Kommunistische Partei kommt in den angebotenen Maßnahmen des Polizeipräsidenten Rahn eine scharfe Beschnürung der Wahlfreiheit und der Wahlfreiheit der Arbeiter zu sehen.

So bedarf keiner näheren Begründung, daß die angebotenen Maßnahmen des Polizeipräsidenten Rahn nur reaktionäre Maßnahmen durchzuführen sind, die auf Grund der politischen Einstellung ganz selbstverständlich nur gegen die Arbeiterorganisationen vergriffen werden.

Wir glauben, daß die politischen Parteien und die Gewerkschaften es der sächsischen Arbeiterklasse schuldig sind, ihre Mitglieder und Wähler vor jenen Angriffen und Übergriffen zu schützen, die sich ergeben müssen, wenn es den wilhelminischen Polizeibehörden überlassen bleibt:

- 1. gegen den Willen der Versammlungserkrankter in Versammlungen einzubringen;
  - 2. in den Versammlungen der Arbeiter das Gezeiere zu verhindern und Galerien usw. abzusperren;
  - 3. Propagandaautos willkürlich anzuhalten und zu durchsuchen.
- Mit aller Energie müssen die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter dagegen Protest erheben, daß „das Unrecht von musterten Personen... in der Uniform des alten Reiches“, Transparenten und Bannern vollständig unterbunden ist.
- So ist ein unerschrockener Lebenskampf des Polizeipräsidenten Rahn im Hinblick auf die Redensart zu begründen, daß durch die derartige Agitation und Propaganda die „Gefühle Andersdenkender beleidigt werden“ und daß über diese Gefühlsverletzung allein die reaktionären Offiziere des Herrn Rahn entscheiden sollen.
- Die Kommunistische Partei ist der vollen Überzeugung, daß die übergrößen Mehrheit des Sappowannschaft in Dresden und die gesamte Dresdener Arbeiterklasse keine Reibereien und Zusammenstöße untereinander wollen. Diese Zusammenstöße werden durch die Anordnungen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten direkt provoziert, weil ja nicht die Sappowannschaft, sondern die reaktionären Offiziere die sächsische Anführung dieser Anordnungen, und zu beurteilen haben, wann sie angewendet werden sollen.
- Die Kommunistische Partei schlägt der SPD und dem U.D.S.B. vor, bis Sonntag, den 21. Oktober 1926, eine Besprechung anzubereiten und dort gegen das Willkürregiment des Herrn Rahn Protestmaßnahmen festzusetzen.
- Wir schlagen praktisch vor: daß K.P.D., SPD und U.D.S.B. in den ersten Tagen der kommenden Woche eine große Kundgebung der Dresdener Arbeiter auf einem zentral gelegenen Platz zusammenrufen und daß dort Redner der K.P.D., der SPD und der U.D.S.B. gegen die Verhängung des kleinen Beschießens in Sachsen Protest erheben.
- Wir erwarten von Euch umgehend eine Stellungnahme und Benachrichtigung, was Ihr zu tun gedenkt.
- Mit vol. Gruß  
Dresden, 14. Oktober 1926.  
Bezirksleitung der K.P.D. Ostschlesien,  
T. H. M. Schneider.
- Die SPD hat auf dieses Schreiben unter dem 15. Oktober wie folgt geantwortet:
- An die  
Kommunistische Partei, Bezirk Ostschlesien,  
Dresden-Alt,  
Columbusstr. 2.
- Werte Genossen!
- Wir haben von Ihrem Schreiben, die Polizeimassnahmen des Dresdener Polizeipräsidenten Rahn betreffend, Kenntnis genommen. Da alle unsere Vorstandmitglieder mit Wahlarbeiten außerordentlich stark beschäftigt sind, können wir leider infolge der kurzen Zeit keine Vorhandlung unserer Partei einleiten.
- Wir weisen Sie aber darauf hin, daß unsere Partei durch unsere Abgeordneten im Landtag und namentlich durch den Genossen Geiser im Dresdener Stadtvorstandsamt mit aller Klarheit und Deutlichkeit ihre Stellungnahme zu den Maßnahmen der Polizei dargestellt hat. Außerdem werden wir in den bevorstehenden Wahlversammlungen, insbesondere in unserer großen Wahlversammlung im Circus, gegen die Maßnahmen des Dresdener Polizeipräsidenten Protest erheben. Aus diesen Gründen halten wir die von Ihnen angeregte gemeinsame Kundgebung nicht für notwendig.
- Mit sozialistischem Gruß  
W. H. Sander

Die SPD-Führerschaft lehnt die einzig wirklichen Maßnahmen gegen die Polizeimiliz, die Kundgebung des gesamten Proletariats, ab. Die parlamentarischen Projekte in den SPD-Versammlungen ändern an der Tatsache des Vorliegens des Wahlkampfes nichts.

Die SPD-Führer haben sich mit der Ablehnung des K.P.D.-Angebots praktisch in die Polizeifront eingereiht. Wie sich die Polizeimassnahmen auswirken, zeigt schon eine Versammlung in Jandau, wo auf einige Zwischenrufe gegen einen U.D.S.B.-Redner die Polizei eingriff und die nicht zu dem Redner gehörenden Besucher brutal mit dem Gummiknüppel heraustrieb. So benutzt die U.D.S.B. die Anordnungen um jede Brandmarke ihrer Haltung durch die Ablehnung einer Protestation.

Die SPD-Arbeiter werden mit diesem Verhalten wohl kaum einverstanden sein.

Die Arbeiter können daraus aber schon entnehmen, wo die SPD-Führer nach der Wahl stehen werden.

## Erlämpfen oder erlitten

Die „Linken“ haben sich zu einer „Aussozialisierung“ mit den „Rechten“, den 23, einen Hamburger, Richard Wittich, verschlossen, der am Sonnabend gegen die 23 den „Kampf“ eröffnet und den „grundtätigen Unterschied“ zwischen SPD und U.D.S.B. nachweisen soll. Der Mann hat aber entschieden Recht. So sehr es sich in die Historie begibt, es gelingt ihm nicht. Er weiß nach, daß die Politik der SPD praktisch die Politik der 23 ist.

Da die „Linken“ im Innern ihres Herzens zur gleichen Politik stehen, haben sie das nicht gemerkt und den Artikel als „revolutionäres Dokument“ abgedruckt.

Die Dreizehnwanzig begehen einen schweren Fehler, sagt Wittich, sie wollten erlitten, was man erlumpen muß. Zum Beweis führt er Lassalle und Bismarck an. Dabei vergißt er, daß nicht nur Viktor Adler, sondern auch Lassalle selbst zu Verhandlungen mit Bismarck bereit waren. Ein Verbleiben Lassalles bleibt nur unbestritten, das ist, dem Proletariat eine eigene Partei geschaffen zu haben.

Wo aber trennt Wittich sich von den 23? Will er einen entschlossenen Klassenkampf, will er den Sturz des Kapitalismus, will er die Revolution? Kein Wort davon; der einzige Vorwurf, den er erhebt, ist der, die 23 gehen zu weit in ihrem Programm der nationalen Einigung. Sie werden dadurch nicht der Schatz der Nation. Über die „Arbeiterklasse muß der Töragger der Nation“ sein. Unter dieser Nation versteht Wittich keineswegs den Staat der Arbeiter, sondern die bestehende „demokratische Republik“. Er ist zur Koalitionspolitik bereit wie die 23, denn er schreibt:

„Nach dort, wo die Machtverhältnisse dazu nötigen, in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Gewalt zu teilen, muß die Arbeiterklasse unter allen Umständen durchsetzen, daß ihre Klassenrechte gewahrt, ihre Lebensinteressen, die die Zukunft der Nation einschließen, nicht vergewaltigt werden. Handelt die Sozialdemokratie anders, so gibt sie ihre geschichtliche Aufgabe preis, sie entwerft das Proletariat, macht es unvermeidlich, in entscheidenden Situationen der Nation zu dienen.“

Also die Nation steht im Vordergrund, nicht die Klasse, das lagern die Rechte und Verträge auch. Das zeigte die SPD in Preußen durch ihre Haltung bei der Hohenzollernabfindung.

Was für die sächsische Arbeiter aus diesem Artikel der „Linken“ Presse das Wesentlichste ist, das ist das grundsätzliche Bekenntnis zu der Politik, wie sie von den 23 betrieben wird. Wo nun die tatsächlichen Unterschiede liegen, das vergißt Wittich zu sagen. Dafür erzählt er alle möglichen und unmöglichen historischen Anekdöten und Phrasen. Worin nun ein Unterschied besteht, wissen die Arbeiter nach der Durchlesung des Artikels selber nicht. Das einzige sind ein paar Phrasen. Die grundsätzliche Einstellung der SPD zur Koalitionspolitik wurde an anderer Stelle von zwei prominenten Sozialdemokraten ausgesprochen. In Hamburg sprach Scheidemann und erklärte sich für die Teilnahme an der Regierung. Er sagte, es sei ein Fehler, daß die Sozialdemokraten von 23 Monaten 68 Monate außerhalb der Regierung geblieben hätten. In Magdeburg sprach ein anderer Prominenter, Hermann Müller. Die Sozialdemokratie sei zur Mitverantwortung bereit; allerdings komme es darauf an, daß die Zusammenarbeit nicht in zwei oder drei Monaten wieder gesprengt werde. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei kein einziger grundsätzlicher Gegner der Koalitionspolitik zu finden.

Zu dieser Reichstagsfraktion gehören die Fleckner, Sander, Seebewitz, Schirmer usw., also alles sächsische „Linke“. Das Wesentlichste bleibt aber das allgemeine Bekenntnis zur Koalition. Zu dieser Koalition finden sich auch die Art und Liepmann beteiligt. Während die Beitzle und Heide heute schwer aussprechen, was sie wollen, warten die „Linken“ darauf, daß sie nach den Wahlen eine Situation bekommen, in der sie den Arbeitern erklären können, die Verhältnisse zwingen sie in die Koalition.

Die sächsische Arbeiter wollen den Kapitalismus schlagen, den Bürgerblock treffen. Dann müssen sie alle offenen und verstellten Freunde des Bürgerblocks schlagen.

Die Taten und Handlungen der U.D.S.B. sind bekannt genug. Kein Arbeiter wird die heuchlerische Wahlpropaganda der U.D.S.B. glauben. Aber die Arbeiter müssen verhindern, daß die SPD-Führer nach den Wahlen die gleiche Politik betreiben, daß sie denselben Weg marschieren. Können die Arbeiter den Bürgerblock schlagen, darüber müssen sie sich klar sein, dann müssen sie den Einfluß der SPD brechen. Wie die Politik dieser SPD ausfällt, zeigt ja wieder nebenstehendes Beispiel. Die SPD-Führer wollen keinen Kampf, keinen Einbruch der Massen, keine Massenpolitik, sondern Führerpolitik. Diese Führer aber stellen sich praktisch in die Polizeifront mit Rahn. Sie werden in ihren Versammlungen ein paar Phrasen dagegen sprechen, aber sich sonst zurückziehen lassen.

Auf die telephonische Anfrage, wie die SPD-Führer sich zu dem Vorschlag unserer Bezirksleitung stellen, wurde von diesen erklärt, daß es jetzt doch keinen Zweck mehr habe, gegen die einmal bestehende Tatsache etwas zu unternehmen.

Das ist der „Kampf“ der SPD-Führer, den Wittich bei den Rechten vergißt. Die Arbeiter müssen sich klar sein: Wieder

## Die Monarchie demonstriert

Hindenburg — Geiler und Prinz Ostar befanden die Königstreue

Berlin, 18. Okt. (Eig. Draht). Am Donnerstag fand die Weibung des früheren Generalsobersten v. Beerlingen statt. Der Anlaß war die Enthüllung der Denkmäler der Reichspräsidenten und Reichspräsidenten, deren Präsident der Reichspräsident gewesen ist, angeordnet durch den Reichspräsidenten, den den Reichspräsidenten der Reichspräsident Hindenburg, Reichspräsident Generaloberst v. Hindenburg, Prinz Ostar von Preußen in Vertretung des Kaisers, Reichswehrminister Dr. Geiler. Der Reichspräsident war als „Privatmann“ erschienen, denn an seinem Platz saß die Reichspräsidentenstandarte; außerdem trug er die Generalsfeldmarschalluniform die Schärpe des Hohenzollernkreuzes und des Kreuzes des Hohenzollernhauses. Er ging unmittelbar neben dem Vertreter des Kaisers, die Reichspräsidenten führte die Musf.

maršierten der Reichspräsident und der Reichswehrminister.

Diese Sympathie Kundgebung der obersten Behörden für die Monarchie ist absolut nicht verwunderlich; jedes Kind in Deutschland weiß, daß der Reichspräsident und der Reichswehrminister im Grunde Monarchisten sind. Durch die Haltung der sozialdemokratischen Führer beim Entscheid über die Hohenzollernabfindung ist den Fürstentum neues Wasser auf ihre Mühlen gegeben worden. Ebenso wie die Sozialdemokraten durch ihre Zustimmung zum Reichswehrtraktat die Monarchie gestärkt haben.

Die sozialdemokratischen Führer tragen die Schuld daran, daß die Monarchisten immer wieder hoch ihr Haupt erheben. Am 31. Oktober haben die arbeitenden Massen eine Gelegenheit zu einer würdigen Kundgebung gegen die Reaktion, indem sie durch die Wahl von Kommunisten ihre Bereitschaft zur Wiederherstellung der Monarchie demonstrieren.

## Für die Hohenzollern — gegen die englischen Bergarbeiter

Grüner verbietet Sammlungen der J.A.G.

Halle, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht). Der Bundesvorsitzende Halle-Merseburg der J.A.G. hatte den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Grüner ersucht, Sammlungen für die englischen streikenden Bergarbeiter zu bewilligen. Teht, acht Wochen später, läßt Grüner durch den preussischen Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtsleistungen antworten, daß die Genehmigung nicht möglich sei, da „angehört der in breiten Schichten der deutschen Bevölkerung herrschenden Unsicherheit die Zulassung umfangreicher öffentlicher Sammlungen zugunsten von Ausländern nicht vertretbar erscheine“.

Die Arbeiter haben wieder eine neue Demonstration über den Charakter der Republik erhalten. Die Beerdigung eines ehemaligen Generals wird von den Monarchisten zur Kundgebung für die Monarchie ausgenutzt. Der Präsident der Republik marschiert an der Spitze mit dem „Vertreter des Kaisers“. Er kommt als „Privatmann“, er läßt die Standarte fort und verwandelt sich dadurch im Handumdrehen aus einem republikanischen Präsidenten in einen monarchistischen Offizier. Die Reichswehr stellt eine Ehrenkompanie. Es wurde einmal ein Erlaß herausgegeben, daß Reichswehr an monarchistischen Kundgebungen nicht teilnehmen dürfe. Der Erlaß gilt aber soviel wie nichts, was gegen die Monarchisten getan wird. Der Präsident hat demonstrativ, daß solche Erlasse nicht ernst zu nehmen sind.

An der Totenfeier nahmen auch Fahnen делегationen der Reichsregierung teil, die auf ihren schwarz-weiß-roten Fahnen die Aufschrift „Mit Gott für König und Reich“ und „Gott, Kaiser, König und Vaterland“ trugen. Unter diesen Fahnen





8. Oktober 1923: Beginn des Einmarsches in Sachsen. — 1920: Eine Million angelernter Arbeiter treten in Lohnstreik. — 1918: Unabhängigkeit der Tschechoslowaken. — 1905: Erster Eisenbahnenstreik in Rußland.

Heimat der Industriellen — nicht die der Arbeiter!

Zunahme der Auswanderungen aus Sachsen. Dresden. Die Zahl der im Monat Juli aus Sachsen nach Westeuropa Ausgewanderten betrug 279 gegen 288 im Juni...

Wer erhält einen Wahlschein?

- 1. wenn er sich am Wahltag während der Wahlzeit aus irgendwelchen Gründen außerhalb seines Wahlbezirks aufhält;
2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist (17. Oktober 1928) keine Wohnung in einem anderen Wahlbezirk vorliegt;
3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Todeschens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist...

Baterländische Werbefchau in der Neustadt

Die notleidenden Geschäftsinhaber der Haupt- und Nebenstraßen veranstalten eine Werbefchau. Als Grund geben sie die Wirtschaftslage an...

Ein Gewerkschaftsangelegter gegen die Arbeiterfortbewegung

Jedem Klassenbewußten Arbeiter ist bekannt, daß die Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen einen schweren und erbitterten Kampf gegen die bürgerlichen Spitzführer führt...

Handen des bürgerlichen Turnvereins 1877. Herrn Rittger, und an dessen 2. Vorsitzenden, Herrn Schubert. Diese eblie Gemeinshaft baute nun ein Lustbad der bürgerlichen Vereine in Döhlitz...

Gegen die Schulpolitik der Koalition

Der Dresdner Lehrerverein lehnt zu der ministeriellen Denkschrift über die Neuordnung des höheren Schulwesens folgende Entschlieung ab: Der Dresdner Lehrerverein befragt auch Heftig die unter-schiedliche Behandlung, die Volksschule und höhere Schule in den Denkschriften des Ministeriums gefunden haben...

Wieder ein Polizeibeamten-Selbstmord!

Gestern nachmittag gegen 3 Uhr wurde auf dem Heller ein Wachmeister der Landespolizei Dresden erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor. Die Motive werden nicht bekanntgegeben.

Landtagsabg. Rudolf Renner und ein englischer Bergarbeiter

Am Montag, den 18. Oktober, abends 7,30 Uhr im „Volkshaus Ost“ Striesen über Der Kampf um ein rotes Arbeiter-Gesetz

Mittlere Dresdner Kinder

Die in Bad Tatz zur Erholung untergebrachten Dresdner Kinder treffen am 18. Oktober 1928, abends 11,30 Uhr, auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein. Die Angehörigen der Kinder werden erlucht, diese zur genannten Zeit auf dem Hauptbahnhof abzuholen.

Verkehrsbehinderte Straßenbahnverleitung

Am Dienstag, den 19. bis 20. Okt. — werden von 1 bis 5 Uhr wegen Oberleitungsarbeiten die Gürtler Straße und der Bahnhofsweg für den Straßenbahnverkehr gesperrt.

Die Kreisstelle Neustadt

Die Kreisstelle Neustadt, umfassend die Bezirke des 27., 28., 29., 35. und 41. Polizeivorkreises, ist am 14. Oktober d. J. von Wilhelmplatz 7 nach Große Klosterstraße 2, 1. Et., verlegt worden.

Maul- und Klauenwunde

Unter dem Klauenwundenbestande des Wirtschaftsbekämpfers Bruno Treute in Dresden-N., Kadiser Str. 12, ist die Maul- und Klauenwunde ausgebrochen. Das verheerende Geschick ist deshalb Sperrgebiet. Beobachtungsgelbiet sind die Klauenwundenbestände des Ortsteils Heßgau, und der übrige Teil des 19. Stadtbezirkes ist Sperrzone.

Geschäftliches „Straßengehe“

„Straßengehe“ besteht aus der Anzeige in der heutigen Nummer der Kaliforna-Fabrik Queißer u. Co. G.m.b.H., Hamburg 19, die das ideale Hauptplagemittel Queißer-Benolint auf eine ganz neuartige Art und Weise propagiert.

Aus Ostschon

Radberg. (Großfeuer.) Gestern Sonntag in der 11. Abendstunde brach in dem im Stadteil Lokdorf gelegenen Philippschen Wägenrennbild auf noch ungeklärte Weise Feuer aus. Die Flammen fanden in den Bretter- und Weidewerkstätten reichliche Nahrung, so daß gar bald die Wähe, Stall und Wohnhaus ein einziges Feuermeer bildeten.

Radberg. Die über den Stadtbezirk Radberg verhängte Hundesperre ist aufgehoben.

Piensa. Gewerkschaft! Am Dienstag, den 19. Oktober, vormittags 10 Uhr findet im Volkshaus eine Versammlung aller Gewerkschaften statt.

Achtung! Kolportieren!

Der bereits zum Versand gekommene „rote Sachspiegel“ ist sofort mit 20 Pf. zu verkaufen und an den Verlag mit 14 Pf. abzurechnen. Alle nicht verkauften Exemplare müssen bis zum 29. Oktober zurückgeliefert sein.

Freitag. (Wichtige Gewerkschaftenversammlung.) Am Dienstag, den 19. Oktober, findet nachmittags 2 Uhr im „Säch. Volk“ Freital-Deuben, eine wichtige Versammlung der Gewerkschaften statt.

Freitag. (Mikrorevisionen.) Durch den städtischen Gesundheitsaufseher wurden im Monat September d. J. 3 mal Mikrorevisionen vorgenommen und dabei 58 Proben entnommen. 10 Milchproben wurden der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege zur Untersuchung überwiesen und dabei 1 Probe wegen Fettminderwertigkeit beanstandet.

Freitag. (Schließung des Kinderheims Klingenberg wegen Scharlachkrankungen!) In den Kreitzler Schulen sind in den letzten Wochen zahlreiche Scharlachfälle gemeldet worden. Montag, den 27. September d. J. wurde das Kinderheim Klingenberg durch 30 Knaben belegt.

Bischofsweirda. (Bürgerliche Ständefestungen)

Wie selbst die Vertreter des „Anonimen Bürgervereins“ ihre Bildungsmasseln lassen lassen, wenn es um Privatinteressen zu kämpfen gilt, zeigte die letzte Sitzung der Stadtratskommission. Auf der Tagesordnung stand als erstes die Rechnungslegung von 1924/25.

Stittau. (Die Arbeiter-Operantiken auf dem Sommerfest.)

Die Agitation der Stittauer Arbeiter-Operantiken war von Erfolg begleitet. Zum Vertragsabend des Ad. Dittmann hatten sich 120 Personen eingefunden, von denen gegen 70 die Einzelnahme in die Kurzufälle vornahmen.

Schönfeld b. Orlitz. (Eine gute Wählerverammlung.)

Hier sprach am 14. Oktober Genosse Heptner in einer öffentlichen Wählerversammlung der Kommunistischen Partei. An Hand guten und übersichtlichen Materials zeigte der Redner die Rolle der rechten und „linken“ Sozialdemokratie im Kampf der Arbeiter um ihre Existenz und Selbstverteidigung.

Rundfunk

- Dienstag, den 19. Oktober:
6,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipz. Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
6,30-7 Uhr: Vespers aus den Feuerzeichnungen auf dem Büchermarkt.
7,15-7,45 Uhr: Prof. Dr. Kohrbach: „Armenien.“
7,45-8,15 Uhr: Beiträge zur Beurteilung der europäischen Politik. 1. Vortrag: Helm. Dos. Dr. Friedmann: „Die politischen Parteien in Frankreich.“
8,15 Uhr: Wettervorhersage.
8,30 Uhr: Jakob Schöffner liest aus eigenen Werken. Unter Mitwirkung des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
10,15-12 Uhr: Deutsche Lieder.

Arbeiter-Radioklub Freital. Dienstag, den 19. Oktober, im „Steiger“: Ballabende.

Voranschlägliche Witterung am 19. Oktober (Dienstag): kühl, abwechselnd heiter und wolfig, vorwiegend trocken, Nachtfrö.

20. Oktober (Mittwoch): heiter, trocken, Nachfrö, mittags angenehme warm.

Verlag: „Arbeiterstimme“ — Druck: „Veuvoq“-Anstalt Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Willi Schneider Freital

Genosse! Bist du schon Mitglied des Konsumvereins?

Der Konsumverein der Arbeiter und Arbeiterinnen in Dresden hat am 1. Oktober 1928 seinen 10. Geburtstag gefeiert. In diesen 10 Jahren hat er sich zu einem der größten Konsumvereine in Sachsen entwickelt.

Der Konsumverein hat seinen Sitz im Volkshaus, Dresden-N., Kadiser Str. 12. Er ist ein Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich für die Verbesserung ihrer materiellen Lage interessieren.





